Halber Anlagenring für Rad und Bus

Ein Bürgerantrag an das Stadtparlament erhebt die Forderung, dass Gießen bis zum Jahr 2035 »klimaneutral« sein soll. Nun haben sich die ersten Parteien zu dem Antrag positioniert. Die Grünen haben gleich ein Klimaschutzkonzept mitgeliefert und packen heiße Eisen an: Der Anlagenring soll zur Hälfte dem Radverkehr und den Bussen gehören.

Von Burkhard Möller

Der Juli mit seinen Hitzespitzen hat das Klima zum Topthema des Sommers gemacht. Der 26. September soll nun im Stadtparlament für die Gießener Parteien zum Tag der klimapolitischen Wahrheit werden. Denn auf der Tagesordnung wird der Bürgerantrag der Initiative Gießen 2035Null stehen. Der Name ist gleich Forderung: Bereits in gut 15 Jahren soll die Gießener Stadtgesellschaft ohne Brennstoffe auskommen, die durch den Ausstoß von Kohlendioxid die Erderwärmung begünstigen. Mit der SPD und den Grünen haben sich nun die ersten Parteien zu der Forderung positioniert. Während die SPD in einer Stellungnahme der Fraktion zwar Sympathie für den Bürgerantrag erkennen lässt, aber noch nicht konkret wird, haben die Grünen in dieser Woche »Eckpunkte eines Klimaschutzkonzepts« vorgelegt, das noch im August von einer Mitgliederversammlung diskutiert und beschlossen werden soll. Dieses von Fraktionschef Klaus-Dieter Grothe und dem Stadtverordneten Alexander Wright erarbeitete Konzept hat es an vielen Stellen in sich, verkehrspolitisch würde die Umsetzung eine Revolution für Gießen bedeuten. Die von den Verfassern geforderte »klare Vorfahrt« für Fußgänger, Radfahrer und Busse würde laut dem grünen Klimaschutzkonzept konkret bedeuten:

✘ Bereitstellung der zweiten Spur auf dem Anlagenring nur für den Radverkehr, eventuell zusammen mit dem Busverkehr.
✘ Weiterer massiver Ausbau der Fahrradabstellplätze sowie des Radleihsystems
✘ Ausbau der Radverbindungen in das Umland, zum Beispiel mit Fahrradschnellwegen
✘ Taktverdopplung im Stadtbusverkehr.
✘ Regionale Schienenverkehrsverbindung in das Umland mit städtischen Haltepunkten als Regio-S-Bahn.
✘ Parken innerhalb des Anlagenrings soll nur noch in Parkhäusern und Tiefgaragen möglich sein.
✘ Die Innenstadt innerhalb des Anlagenrings soll »autofrei« werden mit elektrisch betriebenem Anlieger- und Zulieferverkehr. Die Verbindung der Parkhäuser soll durch Elektro-Kleinbusse gewährleistet werden.
✘ Auf jedem öffentlichen Parkplatz sollen zehn Stellplätze mit Ladesäulen installiert werden.

Eine Seite des Anlagenrings nur für Radfahrer. Beim Verkehrsaktionstag im Mai wurde das schon mal geprobt. (Foto: mö)

SPD: Bürgermeister muss liefern

Zwar weisen die Grünen – wie die SPD – darauf hin, dass wesentliche Voraussetzungen, um die Gesamtstadt klimaneutral zu organisieren, von der Bundespolitik geschaffen werden müssen. Aber in ihrem Verantwortungsbereich wollen die Grünen ein Zeichen setzen und betonen die »Vorbildfunktion« der Stadt: »Wir wollen, dass sich die Stadtverwaltung verpflichtet, bis spätestens 2035 klimaneutral zu arbeiten«, heißt es am Ende des Konzepts.

Von einer »sehr guten Diskussionsgrundlage« spricht SPD-Fraktionsvorsitzender Chrstopher Nübel mit Blick auf den von dem Bürgerverein Lebenswertes Gießen initiierten Bürgerantrag zum Klimaschutz. Der Antrag leiste einen sinnvolleren Beitrag zur kommunalen Klimadebatte als die Ausrufung des Klimanotstands, wie das einige Städte bereits getan haben. Nübel: »Weltuntergangsszenarien oder Notstandsdebatten bringen uns nicht weiter. Vielmehr verhärten sie möglicherweise Fronten und Ablehnungshaltungen.« Die SPD werde prüfen, welche Projekte in Gießen nun »deutlich forciert oder neu initiiert« werden müssten. Der Nahverkehr müsse beschleunigt und verbessert, das Radwegenetz ausgebaut werden. »Die Bürgerinnen und Bürger erwarten zurecht eine Antwort darauf, warum beispielsweise seit Jahren von Fahrradstraßen geredet wird, es aber bis heute nur bei Ankündigungen geblieben ist«, erklärt Nübel. Hier erwarte die SPD »zeitnah Ergebnisse«.

Eine Ansage, die sich an Bürgermeister Peter Neidel (CDU) richtet, der für die Stadt- und mithin die Verkehrsplanung zuständig ist. Neidel hatte vor einigen Monaten angekündigt, noch in diesem Jahr erste Fahrradstraßen auszuweisen. Ungeachtet dieser konkreten Maßnahme stellt sich die spannende Frage, ob sich die Koalitionsfraktionen SPD, CDU und Grüne bis zur September-Sitzung des Stadtparlaments auf eine gemeinsame Linie zu dem Bürgerantrag Gießen 2035 Null verständigen können.

Kommentar

Platzfragen

Von Burkhard Möller

Ehe angesichts der grünen Ideen aus den Anhängern des motorisierten Individualverkehrs bei Facebook gleich wieder lauter HB-Männchen werden, hier der Hinweis: Beim Klimaschutzkonzept der Grünen geht es um einen Zeithorizont von 16 Jahren. Wenn im Jahr 2035 in Gießen und anderswo freilich immer noch Autos mit Verbrennungsmotor und einem Insassen an Bord die Straßen verstopfen, wäre der Menschheit nicht mehr zu helfen. Aber das nur nebenbei.

Wenn es um Verkehrspolitik geht, geht es aber nicht nur um den Wettlauf gegen die Erderwärmung oder die Qualität der Luft, die in Gießen nur punktuell zu wünschen übrig lässt. Im Hier und Jetzt geht es vor allem um den Platz, der zur Verfügung steht und von dem Fahr- und Stehzeuge viel zu viel in Anspruch nehmen. Während es anderen Städten gelingt, das Verkehrsgeschehen in den Kernen zu beruhigen und der Öffentliche Personennahverkehr dort Vorfahrt hat, spielen sich in Gießen in der unteren Bahnhofstraße, in der Neuen Bäue/Schulstraße oder in der Neustadt jeden Tag irrwitzige Szenen ab, weil die Pkw, die hier fahren und parken dürfen, die Stadtbusse ausbremsen. Dass die Beendigung dieses Zustands die Prosperität der Innenstadt gefährden soll, erschließt sich auch auf den zweiten und dritten Blick nicht.

Deshalb ist der Vorstoß der Grünen, dass innerhalb des Anlagenrings nur noch in Tiefgaragen und Parkhäusern geparkt werden darf, nicht nur richtig, sondern eine Aufgabe für die nächsten Jahre. Vielleicht kommen die Grünen mit CDU-Bürgermeister Peter Neidel zusammen, der den Bau einer Tiefgarage unterm Brandplatz vorgeschlagen hat. Kann man, wenn es technisch geht, ja machen. Aber nur, wenn die zur Verfügung gestellten Parkplätze oberirdisch an anderer Stelle in der Innenstadt wegfallen. Andernfalls würde noch mehr Verkehr in die City gezogen, denn für 70 Stellplätze, die sich derzeit oben auf dem Brandplatz befinden, buddelt kein Investor ein tiefes Loch in die feuchte Gießener Erde.

Alles hängt mit allem zusammen. Schafft man Expressbuslinien für Berufspendler, baut die durch Gießen verlaufenden Zugstrecken zur S-Bahn aus und sorgt für Radverkehrsverbindungen ins Herz der Stadt, die ohne Angst im Nacken befahren werden können, dann werden automatisch weniger Autos unterwegs sein. In dieser Entwicklung würde auch irgendwann Platz frei, um den Anlagenring unter den Verkehrsteilnehmern brüderlich aufzuteilen. Was für eine schreckliche Vorstellung.